

Für eine leistungsstarke Wirtschaft und eine humanere Welt

Interview mit Hans Matthöfer, Bundesminister für Forschung und Technologie

REDAKTION: Welches sind die Hauptaufgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und welche Schwerpunkte werden aus seinem Etat finanziert?

MATTHÖFER: Ich sehe zum jetzigen Zeitpunkt vier Hauptaufgaben, die vielfältig miteinander zusammenhängen:

1. Das Ministerium fördert Forschung und Technologie, damit unsere Wirtschaft leistungsstark bleibt. Damit tragen wir bei zur mittel- und langfristigen Sicherheit der Arbeitsplätze und zur Sicherung der materiellen Grundlage für die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. In diesen Zusammenhang gehören unsere Programme zur Förderung der Datenverarbeitung, der elektronischen Bauelemente und anderer Schlüsseltechnologien.
2. Wir fördern den Ausbau der wirtschaftlichen und der allgemeinen Infrastruktur. Dies geschieht vor allem durch Energieforschung, durch Entwicklung von Technologien zur Erschließung von Rohstoffen, zum Beispiel im Meer, durch die Entwicklung zukünftiger Verkehrs- und Kommunikationssysteme sowie besserer Informations- und Dokumentationssysteme.
3. Wir wollen Forschung und Technologie zielbewußter als bisher für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einsetzen. Als Beispiele nenne ich die Programme »Humanisierung der Arbeit«, »Technik im Dienst der Gesundheit« und »Kommunaltechnologien«. Ich möchte auch, daß unser Forschungs- und Technologiepotential stärker für die Lösung von Problemen von Ländern der Dritten Welt nutzbar gemacht wird.
4. Schließlich wird das Ministerium weiterhin die Grundlagenforschung fördern. Grundlagenforschung ist die Voraussetzung für eine kontinuierliche Entwicklung der Wissenschaften. Wir tragen zur allgemeinen Forschungsförderung, zum Beispiel durch die Mitfinanzierung der Max-Planck-Gesellschaft bei und fördern die Grundlagenforschung gezielt in Bereichen wie Weltraum-, Meeres- oder Kernforschung.

REDAKTION: Wie beurteilen Sie den Stand der deutschen Forschung? Auf welchen Gebieten besteht ein Rückstand und auf welchen Gebieten hat die Forschung in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich ein hohes Niveau erreicht?

MATTHÖFER: In Ihrer Frage klingt noch ein wenig der Komplex des Rückstandes gegenüber den USA durch, der die Forschungspolitik in den 60er Jahren wenig glücklich geprägt hat. Wir brauchen keine Komplexe zu haben, wenn wir keine eigenen Raketen entwickeln oder wenn wir uns in einer anderen kostspieligen Technologie auf Importe verlassen. Wichtig ist, daß wir selbst auch etwas zu exportieren haben. Dies setzt unter anderem voraus, daß kontinuierlich für Forschung und Entwicklung genügend Geld zur Verfügung steht.

Deutsche Technologien sind auf vielen Gebieten konkurrenzfähig oder sogar führend, aber auf vielen Gebieten laufen wir auch hinter anderen Staaten her. Es ist sehr schwierig und würde sicher Widerspruch hervorrufen, wollte man einzelne Gebiete nennen.

REDAKTION: Auf welche Weise nimmt das Bundesministerium Einfluß auf die Schwerpunktbildung in der Forschung? Nach welchen Kriterien werden Prioritäten gesetzt und welche Probleme treten bei der Forschungsplanung auf?

MATTHÖFER: Sie konfrontieren mich mit dieser Frage schon fast mit der ganzen Problematik der Forschungspolitik. Ich möchte hier nur zwei Ansatzpunkte nennen:

Zum einen ist es nach meiner Meinung Aufgabe des demokratisch gewählten Politikers, die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen.

Dabei gibt es objektiv erkennbare Bedürfnisse wie z. B. der Energiebedarf oder der Wunsch nach besseren Methoden der Krankheitsbekämpfung. In anderen Fällen fließt vielleicht eine politische Wertung ein, so wenn ich der Meinung bin, daß es eine vorrangige Aufgabe für Forschung und Technologieentwicklung ist, die Arbeitsbedingungen in der Industrie menschengerechter zu gestalten.

Der politische Meinungsbildungs- Prioritätensetzungs- und Entscheidungsprozeß ist im übrigen nach meiner Lebenserfahrung zu kompliziert und vielfältig, als daß er kurz und einfach im Rahmen einer Interviewantwort dargestellt werden könnte.

REDAKTION: Welche Möglichkeiten hat das Ministerium, auf die Forschung an den Universitäten Einfluß zu nehmen? Wie hat sich die Förderung der Forschung an den Universitäten entwickelt?

MATTHÖFER: Die Hochschulforschung fällt, soweit hier der Bund überhaupt beteiligt ist, in erster Linie in die Zuständigkeit des Ministers für Bildung und Wissenschaft.

Eines der wichtigsten Instrumente des Bundes in der Hochschulforschung ist die Mitfinanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ihrer Programme. Es ist nach dem Grundgesetz nicht Aufgabe der Bundesregierung, die Hochschulforschung zu organisieren oder zu koordinieren. Immerhin ist natürlich der Bund daran interessiert, daß eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen vernünftig mit Forschungsprogrammen des Bundes verzahnt ist. Ich habe gerade in der letzten Woche mit meinem Kollegen Helmut Rohde über diese Frage gesprochen und vielleicht wird es uns möglich sein, die Hochschulen stärker für unsere Programme zu interessieren.

REDAKTION: Das Bundesministerium ist in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, bestimmte Schwerpunkte konzentriert zu fördern. An den Universitäten besteht die Gefahr, daß Forschungsgelder nach dem Prinzip der Mitbestimmung eher dezentralisiert eingesetzt werden. Wie hat sich die Effektivität der Forschung seit dem Bestehen der neuen Universitätsstrukturen entwickelt?

MATTHÖFER: Es ist richtig, daß der Bund Schwerpunktprogramme aufstellt, weil er nur für die Forschung von gewissermaßen »übergeordnetem« Interesse zuständig ist. An den Hochschulen ist Forschung mit der Lehre verbunden und daher notwendigerweise breiter angelegt. Der Mitbestimmung, soweit es sie überhaupt gibt, können Sie die Zersplitterung der Hochschulforschung nicht anlasten, die Institutsgründungen sind früher weiß Gott nicht besser geplant worden. Ich könnte mir trotzdem eine bessere Koordinierung der Hochschulforschung vorstellen, z. B. auf dem Gebiet der medizinischen Forschung.

REDAKTION: Wieviel Geld für die Forschung bereitgestellt wird, hängt auch von der Einstellung der Bevölkerung zu diesen Fragen ab. Wie beurteilen Sie das Verständnis der deutschen Bevölkerung für diese Probleme und was tut das Ministerium, um eine größere Aufgeschlossenheit für Forschung und Technologie zu erreichen?

MATTHÖFER: Wie Umfrage-Ergebnisse bestätigt haben, ist trotz des erfreulich gestiegenen Maßes der Wissenschaftsberichterstattung in den Massenmedien das Interesse an Fragen der Forschung noch immer vorwiegend an die geringen Bevölkerungsgruppen mit hoher formaler Bildung gebunden. Das Mißverständnis der »elitären Forschung«, an dessen Entstehen die deutschen Hochschulen nicht unbeteiligt waren, wirkt sich hier zweifellos aus. Ich sehe es als eine zentrale Aufgabe an, besonders den breiten Schichten der Arbeitnehmer deutlich zu machen, daß Forschung und ihre staatliche Förderung ausschlaggebende Bedeutung für die Sicherung und Humanisierung der Arbeitsplätze, für die Gesundheit der Menschen und die Gestaltungsmöglichkeiten

der Freizeit besitzen. Die Vorstellung anwendungsnaher Forschungsarbeiten aus der Medizintechnik, den Kommunalen Technologien oder der Energiesicherung soll hier größeres Interesse wecken. In vielen Gesprächen mit Arbeitnehmern, Wissenschaftlern und Journalisten bei meinen Besuchen in Betrieben und Forschungseinrichtungen diskutiere ich diese Aspekte ausführlich. In einem neuen Programm »Information und Dokumentation« wird mein Ministerium einen Modellversuch zur Verbesserung des Informationsflusses zwischen Forschung und Öffentlichkeit fördern. Im Rahmen des Wettbewerbs »Jugend forscht« haben wir uns die Förderung von Nachwuchsjournalisten als »Reporter der Wissenschaft« zum Ziel gesetzt. Der Presseberichterstattung möchte ich durch einen Journalistenpreis für Forschungspublizistik zusätzliche Impulse geben. Wichtig ist mir, daß nicht nur spektakuläre Projekte wie das Spacelab Aufsehen erregen, sondern daß die Menschen sich dafür interessieren, welche Folgen die Forschung für die Entwicklung dieser Gesellschaft auslösen und welche Alternativen sie eröffnen kann.

REDAKTION: Was kann das Ministerium tun, um eine langfristige Übereinstimmung zu erreichen zwischen den Investitionen für Forschung auf der einen Seite und dem dafür benötigten Personal auf der anderen? Ist vorgesorgt, daß es in der Bundesrepublik nicht zu ähnlichen Entwicklungen kommt wie in den USA, wo zum Beispiel hochqualifizierte Physiker aus der Forschung in wissenschaftsfremde Berufszweige abwandern mußten?

MATTHÖFER: Hier liegt in der Tat ein bildungs- und forschungspolitisches Problem. Ein Lösungsansatz liegt in dem Versuch, den langfristigen Personalbedarf abzuschätzen und ihn bei der Hochschulplanung, bei der Studienberatung usw. zu berücksichtigen. Ich verweise auf die vor kurzem veröffentlichte Studie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zum Angebot und Bedarf an Physikern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990, wonach nicht mit einem Physikerüberhang zu rechnen ist, wenn den Physikern stärker anwendungsorientierte Ausbildungswege und neue Tätigkeitsfelder eröffnet werden.

Ich bezweifle aber, ob auf diesem Wege eine genaue Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage an Wissenschaftlern in den einzelnen Fachrichtungen zu erreichen ist. Man muß daher *auch* überlegen, wie die Mobilität der Wissenschaftler verbessert werden kann, zum Beispiel durch Erleichterungen beim Arbeitsplatzwechsel und durch Fortbildungsprogramme, wie wir sie derzeit für die Großforschungseinrichtungen vorbereiten. Ich halte es nicht unbedingt für ein Unglück, wenn Wissenschaftler, die als Forscher tätig waren, später in der Industrie oder in der Lehre tätig werden und so eine engere Verbindung zwischen diesen Bereichen geschaffen wird. Ich könnte mir auch vorstellen, daß Wissenschaftler und Ingenieure für eine befristete Zeit in Entwicklungsländern tätig sind und dazu beitragen, deren Probleme zu lösen.

REDAKTION: Was die Besetzung internationaler Gremien mit deutschen Forschern betrifft, schneidet die Bundesrepublik Deutschland nicht sehr gut ab. Was sind die Gründe dafür und welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Zustand zu verändern?

MATTHÖFER: Ich weiß nicht, ob das Bild so negativ ist. Das Auswärtige Amt und die interessierten Bundesministerien arbeiten bei der Werbung und Vermittlung deutscher Interessenten für Internationale Organisationen zusammen. Als zentrale Koordinierungsstelle wurde das Büro für Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt geschaffen.

Im Jahr 1973 erhielt das BFIO rund 2400 Stellenausschreibungen internationaler Organisationen und vermittelte 157 Deutsche in solche Stellen. Das sind rd. 6,5% der ausgeschriebenen Stellen. Dies entspricht in etwa unserem Beitragsanteil zu den Internationalen Organisationen, die zur Familie der Vereinten Nationen gehören.

Übrigens wurde vor wenigen Wochen im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York die Stelle des Direktors der Unterabteilung für Wissenschaft und Technologie mit einem Deutschen besetzt. Das betrachten wir angesichts unserer kurzen Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen als einen Erfolg.

REDAKTION: Forschung ist sicher in erster Linie von der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel und den entsprechenden technisch-technologischen Einrichtungen abhängig, die notwendig sind, ein wissenschaftliches Problem zu lösen. Dennoch ist zu beobachten, daß oftmals unter ungünstigen materiellen Bedingungen außerordentliche Leistungen erzielt wurden. Das führt zu der Frage: Welche weiteren sozialen, psychologischen, organisatorischen, juristischen, politischen usw. Faktoren müssen gegeben sein, damit Forschung sich entfalten kann. Wie ist es mit diesen Faktoren in der Bundesrepublik bestellt?

MATTHÖFER: Rückblickend läßt sich leicht feststellen, daß bahnbrechende Erkenntnisse nicht immer unter den besten materiellen Umständen erarbeitet worden sind. Zunächst einmal hängt die Qualität wissenschaftlicher Forschung auch von Intelligenz, Scharfsinn, Kreativität und Ausdauer der Wissenschaftler, ihrer Motivation und ihrem Engagement ab. So bleibt uns die Hoffnung, daß auch dann, wenn die Forschungsmittel schlecht verplant werden, Außenseiter eine Chance haben. Aber im Ernst: Das Beste, was der Staat für die Forschung tun kann, ist doch, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit Wissenschaftler auf Gebieten arbeiten können, auf denen sie neue Erkenntnismöglichkeiten sehen. Da aber nicht jeder Wissenschaftler Institutsleiter werden kann, sollten die anderen Wissenschaftler bei der Identifizierung dieser Gebiete mitbestimmen können. Allerdings möchte ich auch als gewählter Vertreter des ganzen deutschen Volkes im Interesse der Allgemein-

heit mitbestimmen, damit die vorhersehbaren Erkenntnischancen den Forschungsaufwand rechtfertigen und wichtige Gebiete nicht vernachlässigt werden.

REDAKTION: In der Universität Gießen wurde darüber geklagt, daß Forschungsprogramme des Bundesministeriums nicht rechtzeitig bekanntgegeben werden, so daß es den Anschein hat, daß solche Programme aus bereits vorliegenden Anträgen entstehen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Universitäten stärker in die vorbereitende Planung einzubeziehen?

MATTHÖFER: Welche Programme waren das? Die Programme »Humanisierung der Arbeit«, »Technik im Dienst der Gesundheit« und »Kommunaltechnologien« sind jedenfalls nicht ausgeschöpft. Im übrigen wiederhole ich, daß die Hochschulforschung in erster Linie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

REDAKTION: Woran liegt es, daß die Terminausschreibungen in den Mitteilungen des Bundesministeriums so kurzfristig sind, daß sie von den Universitäten nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen werden können?

MATTHÖFER: Die Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie werden öffentlich bekanntgegeben, um möglichst alle interessierten Forschungsstellen zu informieren. Die Angabe eines Termins zur Antragstellung hat keine Ausschlußwirkung: Die Frist hat lediglich den Zweck, möglichst viele Anträge zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erhalten, damit die Förderungsvorhaben miteinander abgestimmt und von dem zuständigen Sachverständigengremium, das regelmäßig zusammentritt, bei seiner nächsten Sitzung beraten werden können. Bei Anträgen, die nach Ablauf des Termins eingehen, verschiebt sich lediglich die Beratung des Förderungsvorhabens und damit der Beginn der Förderung.

Beschwerden wegen eines zu kurzen Ausschreibungstermins sind mir nicht bekannt.

REDAKTION: Im Bundesministerium wurde ein Computerprogramm für alle mit Bundesbeteiligung laufenden Forschungsvorhaben entwickelt. Welche Möglichkeiten gibt es für die Universitäten, diesen Informationsspeicher zu benutzen bzw. könnten sich die Universitäten an dieses Dokumentationssystem anschließen?

MATTHÖFER: Aus dem Informationsspeicher des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, der Datenbank für Förderungsvorhaben (DAVOR), kann jedermann Auskünfte über die Förderungsvorhaben des Bundesministeriums erhalten, also auch die Universitäten. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen: Erstens werden Jahresförderungskataloge herausgegeben, von denen jeder Interessent bzw. jede Institution ein Exemplar kostenlos er-

halten kann. Zweitens werden Einzelanfragen nach Aktivitäten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in bestimmten Bereichen beantwortet. Das Datenbanksystem ist nur für die Arbeit des Ministeriums bestimmt.

Das Programm zur Förderung der Information und Dokumentation, dessen Entwurf in Kürze dem Kabinett vorgelegt wird, sieht den Aufbau von 16 Fachinformationssystemen vor, die für alle Fachgebiete die jeweils erforderlichen Informationsleistungen erbringen sollen. Diese Systeme werden auch über die Themen laufender Forschungsarbeiten Auskunft geben. Dabei wird die zu errichtende fachübergreifende Forschungsinformationsstelle Clearing-Funktion übernehmen, die einheitliche statistische Auswertung sicherstellen und allgemeine Auskünfte — z. B. auch über die Wissenschaftsförderung — geben. Die Universitäten und deren Angehörige werden zum einen Benutzer dieser Stelle und der Fachinformationssysteme sein, zum anderen sollen Informationen über die an den Universitäten laufenden Forschungsvorhaben ständig in die entsprechenden Systeme eingespeist werden.

REDAKTION: An der Universität Gießen haben wir die Erfahrung gemacht, daß zwischen dem Erhalt des Bewilligungsbescheids für ein Forschungsprogramm und dem Erhalt des Geldes oft beträchtliche Zeit vergeht. Ließe es sich einrichten, daß die Zuweisung der Mittel schneller erfolgt?

MATTHÖFER: Es ist zu unterscheiden zwischen der Bewilligung und der Anforderung einer Zuwendung. Nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit darf eine Zuwendung vom Zuwendungsempfänger nicht eher angefordert werden, als sie für Zahlungen benötigt wird. Nach den vom Finanzministerium erlassenen »Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätzen« dürfen nur Mittel für Zahlungen angefordert werden, die innerhalb des folgenden Monats vom Zuwendungsempfänger geleistet werden müssen.

REDAKTION: Wir danken Ihnen, Herr Minister, daß Sie uns soviel Zeit gewidmet haben und nicht nur auf die großen forschungspolitischen, sondern auch auf die eher administrativen Fragen eingegangen sind. Bitte, erlauben Sie uns, unseren Dank an Ihre Mitarbeiter hinzuzufügen, die die Recherchen für dieses Interview übernommen haben.